



### Presseschau vom 12.11.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Rainer Rupp: Die US-Präsidentenwahl ist noch lange nicht entschieden**

Es sind nicht – wie die Bundesregierung in Berlin zu glauben scheint – die großen US-Medien und die Glückwünsche europäischer Regierungschefs, die darüber entscheiden, wer der nächste US-Präsident sein wird. Es zählen die abgegebenen Stimmen – und welche davon letztlich gültig sind. ...

<https://kurz.rt.com/2c44>

#### **deutsch.rt.com: Lawrow: Kampfstoff-Kontamination von Nawalny erfolgte wahrscheinlich in Deutschland**

"Wir haben allen Grund zur Annahme, dass alles – was auch immer mit ihm im Hinblick auf Kampfstoff-Kontamination seines Körpers geschah – in Deutschland eingetreten sein könnte, oder im Flugzeug, in das er verladen und mit dem er zum Klinikum Charité geflogen wurde", so Lawrow. ...

<https://kurz.rt.com/2c7g>

#### **Andrej Iwanowski: Plant Trump einen Militärputsch? – Verschwörungstheorien auch im Ersten**

Donald Trump ist zwar so gut wie weg, das Trump-Bashing im deutschen Fernsehen dauert jedoch an. Notfalls auch mit Hilfe von Verschwörungstheorien – dass Trump etwa einen Militärputsch plane. Ex-Außenminister Gabriel empfiehlt, nicht mehr über Trump zu reden,

weil dieser der Vergangenheit angehöre. Wo gehört aber Gabriel selbst hin?

<https://sptnkne.ws/EsKb>

**abends/nachts:**

**de.sputniknews.com: Ex-Präsidentenkandidatin Tichanowskaja zu Verhandlungen mit Behörden Weißrusslands bereit**

Swetlana Tichanowskaja, Ex-Präsidentenkandidatin in Weißrussland, hat sich zu Verhandlungen mit den Behörden der Ex-Sowjetrepublik bereit erklärt. Das wurde am Mittwoch in der weißrussischen Hauptstadt Minsk unter Berufung auf Tichanowskajas Telegram-Kanal mitgeteilt.

Dabei erinnerte sie daran, dass sie eigens für Gespräche mit den Behörden den Koordinierungsrat der Opposition ins Leben gerufen hatte.

Auch der Geschäftsmann und Politologe Juri Woskressenski teilte mit, dass er eine Struktur für die Anbahnung eines Dialogs zwischen Opposition und Macht gebildet habe.

„Der Koordinierungsrat hatte bereits Kontakt zu meinem Team aufgenommen und uns dutzende Seiten mit Vorschlägen zu Verfassungsänderungen geschickt“, sagte er.

Dagegen behauptete die Pressestelle des Koordinierungsrates, dass er keinen Dialog mit Woskressenski führe und ihm keine Vorschläge zu Verfassungsänderungen zugeleitet habe.

Zuvor war der inhaftierte Woskressenski nach einem Treffen mit Präsident Alexander Lukaschenko in einem Untersuchungsgefängnis auf freien Fuß gesetzt worden.

**Tichanowskaja setzt auf Dialog**

„Wie alle friedlichen Weißrussen pochen auch wir auf einen richtigen Dialog. Eben dafür hatte ich mit dem Koordinierungsrat ein Verhandlungsorgan gründen lassen“, schrieb Tichanowskaja.

Voraussetzungen für den Beginn des Dialogs seien die Einstellung der Gewalt der Behörden gegen die Protestierenden, die Freilassung aller politischen Gefangenen und Lukaschenkos Rücktritt. „Das Thema des Dialogs sollte nicht die Verfassungsreform, sondern neue, freie Wahlen sein“, betonte Tichanowskaja.

**Westen erkennt Lukaschenko als Präsident nicht an**

Die Opposition erkennt die Ergebnisse der Präsidentenwahl vom 9. August nicht an, bei der sich Amtsinhaber Alexander Lukaschenko mit 80,1 Prozent der Stimmen für die sechste Amtszeit bestätigen ließ. Die Opposition sieht Tichanowskaja als die wahre Wahlsiegerin. Die USA und die EU erkennen die Wahlergebnisse in Weißrussland ebenfalls nicht an. Brüssel verhängte Sanktionen gegen Lukaschenko.

Indes wird Tichanowskaja von der weißrussischen Justiz per Haftbefehl gesucht. Ihr wird der Versuch einer illegalen Machtergreifung zur Last gelegt.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0b/328386270\\_0:125:2895:1691\\_1000x080\\_0\\_1\\_0c62e57a41c12796360c01ac9552e05c.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0b/328386270_0:125:2895:1691_1000x080_0_1_0c62e57a41c12796360c01ac9552e05c.jpg)

## de.sputniknews.com: **Oppositionsproteste in Eriwan: Kein Quorum für Sondersitzung im Parlament**

Die armenischen Oppositionsparteien, die dem Premier Nikol Paschinjan aus Protest gegen das Friedensabkommen mit Baku im Konflikt um Bergkarabach ein Ultimatum gestellt und eine Einberufung der Sondersitzung des Parlaments gefordert haben, haben kein Quorum zustande bringen können.

Wie der stellvertretende Parlamentspräsident von der oppositionellen Partei „Wohlhabendes Armenien“, Wage Enfiadschjan, gegenüber Journalisten mitteilte, gebe es kein Quorum für eine Sitzung des Parlamentsrates, die durchgeführt werden müsse, um eine außerordentliche Sitzung des armenischen Parlaments einberufen zu können. Dem Parlamentsrat gehören Leiter und Sekretäre der Fraktionen an.

Die Oppositionsfraktionen der Parteien „Wohlhabendes Armenien“ und „Aufgeklärtes Armenien“ hätten 33 Unterschriften gesammelt, um das Thema der Sondersitzung des Parlaments zur Sprache bringen zu können, hieß es. Es sind aber 67 Stimmen nötig, um ein Quorum zu gewährleisten, so dass auch die Stimmen der Mitglieder des Blocks „Mein Schritt“ von Paschinjan erforderlich sind.

„Die Entscheidung kann von Paschinjans Team getroffen werden. Wenn Nikol Paschinjan von seinem Team verlangte, dass niemand zu der Sitzung kommt, was kann man dann sagen“, sagte Geworg Petrosjan, Abgeordneter der Partei „Wohlhabendes Armenien“.

Wage Enfiadschjan gab an, dass die Abgeordneten gemäß den Vorschriften innerhalb von zwei Stunden kommen können, um die Sitzung des Parlamentsrates abzuhalten. „Jetzt sind sieben von zehn Mitgliedern des Rates anwesend“, sagte der Parlamentarier.

Nachdem Russland, Aserbaidschan und Armenien eine Vereinbarung über die Einstellung des Feuers in der Konfliktzone Bergkarabach unterzeichnet haben, haben Demonstranten in der armenischen Hauptstadt Eriwan am Mittwoch dem Premierminister Nikol Paschinjan aus Protest gegen das Friedensabkommen mit Baku ein Ultimatum gestellt und seinen Rücktritt gefordert. Zudem forderten sie die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Parlaments zu diesem Thema. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0b/328386238\\_0:220:3077:1884\\_1000x080\\_0\\_1\\_59629e44cb3d7048c6a8c4910bff25b4.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0b/328386238_0:220:3077:1884_1000x080_0_1_59629e44cb3d7048c6a8c4910bff25b4.jpg)

## de.sputniknews.com: **Russland und Türkei gründen gemeinsames Zentrum zur Überwachung der Waffenruhe in Bergkarabach**

Russland und die Türkei haben ein gemeinsames Zentrum zur Überwachung der zuvor vereinbarten Waffenruhe in der Südkaukasusregion Bergkarabach ins Leben gerufen. Ihre Unterschriften unter das dahin gehende Memorandum setzten die Verteidigungsminister beider Länder, Sergej Schoigu und Hulusi Akar, hieß es am Mittwoch in Moskau.

Einer Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums zufolge wies Schoigu darauf hin,

dass die von den führenden Repräsentanten Russlands, Aserbaidschans und Armeniens erzielte Vereinbarung über den Einsatz russischer Friedenssoldaten es ermöglicht habe, das Blutvergießen einzustellen und Voraussetzungen für die Rückkehr zum friedlichen Leben zu schaffen.

„Die Präsenz der russischen Friedensmacht wird Stabilität im Krisengebiet gewährleisten, den Exodus von Flüchtlingen stoppen und ihre Heimführung ermöglichen“, sagte Schoigu.

### **Gemeinsames Kontrollzentrum**

Das Zentrum wird sich auf dem Territorium des aserbaidschanischen Kernlandes befinden. Militärs beider Länder werden Informationen über die Lage an der Trennlinie erfassen und auswerten sowie beliebige Beschwerden oder Probleme prüfen, die mit Verstößen gegen die erzielten Vereinbarungen zusammenhängen.

Russland wird eine etwa 2000 Mann starke Friedensmacht mit 90 Schützenpanzerwagen und 380 Spezialfahrzeugen in der Region stationieren. Somit ist die militärische Phase des langwierigen Konflikts vorerst beendet. Die rivalisierenden Seiten sollten politische Gespräche aufnehmen.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0b/328386366\\_0:111:2841:1648\\_1000x080\\_0\\_1\\_7b1e4e3bcd731d7a9ebb9f60c7f9da24.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0b/328386366_0:111:2841:1648_1000x080_0_1_7b1e4e3bcd731d7a9ebb9f60c7f9da24.jpg)

### **vormittags:**

**telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 11. November 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

### **de.sputniknews.com: Moldawiens Präsident zu Impfung mit russischem Serum bereit**

Der moldawische Präsident Igor Dodon hat in einem Interview erklärt, dass sein Land mit der Lieferung von 100.000 bis 150.000 Dosen des russischen Impfstoffs gegen das Coronavirus rechnet.

Die Journalistin verwies im Gespräch mit dem Staatschef, dass Dodon laut seinen früheren Worten plane, sich mit dem russischen Impfstoff „Sputnik V“ impfen zu lassen. Sie fragte den Präsidenten, ob er das getan habe: „Noch nicht“, antwortete der gegenüber dem TV-Sender REN Moldova.

Ferner sagte Dodon: „Wir haben uns mit Russland darauf verständigt, (...) dass wir in der zweiten Novemberhälfte die erste Partie (100.000 bis 150.000 Dosen) dieses Impfstoffes für unsere Bürger erhalten.“ Er fügte hinzu: „Sobald wir diesen bekommen“, sollten als Erste jene geimpft werden, die an vorderster Front tätig seien.

„Um ein Beispiel zu zeigen und damit niemand Angst hat, bin ich bereit, mich mit diesem Impfstoff impfen zu lassen“, sagte er.

Der Impfstoff soll laut seinen Worten kostenlos sein. Die Impfung soll dabei freiwillig sein. Als Erste sollen Ärzte, Lehrer und Mitarbeiter des Grenzschutzdienstes geimpft werden. ...



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32226/76/322267643\\_0:0:3071:1660\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_b04263993d6abee55187323cfa5cbb1d.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32226/76/322267643_0:0:3071:1660_1000x0_80_0_1_b04263993d6abee55187323cfa5cbb1d.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 11. November 3:00 Uhr bis 12. November 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 3. Das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstands mit folgenden Waffen beschossen: Richtung Donezk: Antipanzerlenkraketen – zweimal (insgesamt wurden 5 Raketen abgefeuert).

Richtung Mariupol: Mörser 82mm – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

#### **Terminal des Donezker Flughafens, Wesjoloje, Leninskoje.**

Um 11.00 Uhr wurde im Gebiet von Peski die Durchführung technischer Arbeiten festgestellt.

Um 17:30 Uhr wurde im Gebiet von Wodjanoje eine Detonation festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

#### **Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse betrug 6.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### **de.sputniknews.com: Mit Corona infiziert: Ukrainischer Präsident Selenski nun im Krankenhaus**

Der mit dem Coronavirus infizierte Präsident der Ukraine, Wladimir Selenski, befindet sich derzeit in einem Krankenhaus. Dies gab der Berater des Chefs des Präsidentenbüros, Michail Podoljak, bekannt.

Demnach befinden sich Selenski und der Chef seines Büros, Andrej Jermak, in isolierten Bettenzimmern des Krankenhauses Feofania.

„Alles ist ziemlich strikt und vom Protokoll reglementiert“, sagte Podoljak gegenüber der Zeitung „Ukrainskaja Prawda“.

Im Krankenhaus gebe es ein spezielles Arbeitszimmer, in dem der Präsident Beratungen durchführen könne.

Laut Podoljak haben Selenski und Jermak einen gewöhnlichen Arbeitsplan, die einzige Beschränkung sei die Isolation. Selenski und Jermak sehen sich demnach im Krankenhaus nicht, sie kommunizieren nur per Telefon. Der Präsident sehe auch seine Familie nicht.



Selenski hatte am 9. November mitgeteilt, dass er sich mit dem Coronavirus infiziert hätte und sich in häuslicher Quarantäne befinde. Der 42-Jährige hatte nach eigenen Angaben eine erhöhte Temperatur von 37,5 Grad Celsius. Kurz danach wurde die Corona-Infektion bei Jermak nachgewiesen. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0c/328386886\\_0:104:2980:1716\\_1000x080\\_0\\_1\\_9c415dbbdb3d89bf27e0f29890488b5e.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0c/328386886_0:104:2980:1716_1000x080_0_1_9c415dbbdb3d89bf27e0f29890488b5e.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 11. November um 9:00 Uhr 1669 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.  
Davon wurden bis 1391 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.  
Seit Beginn der Pandemie gibt es 118 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Bolivien belebt nach Machtwechsel Beziehungen mit Venezuela wieder**

Bolivien's neuer Präsident Luis Arce baut kurz nach seinem Amtsantritt die diplomatischen Beziehungen seines Landes mit Venezuela und dem Iran wieder auf.

Die Botschafter beider Länder hätten Arce am Mittwoch ihre Beglaubigungsschreiben präsentiert. Mit Venezuela würden die bilateralen Beziehungen zum Wohl der Völker beider Länder wiederaufgenommen, schrieb Arce auf Twitter. Mit dem Iran stärke man gemeinsame Projekte.

Die konservative Übergangsregierung in Bolivien hatte zuvor die venezolanischen Diplomaten ausgewiesen und war der sogenannten Lima-Gruppe beigetreten, die Venezuelas Präsident Nicolás Maduro jegliche Legitimität absprach. Zudem schloss Bolivien seine Botschaft in Teheran – nach offiziellen Angaben aus Kostengründen.

Zudem wolle Bolivien die Beziehungen zu Russland nach der Verschlechterung während der Herrschaft der Übergangsregierung wiederbeleben, sagte der bolivianische Präsident Ende Oktober.

So will Arce frühere Projekte in den Bereichen Kernenergie und Export zwischen beiden Ländern wiederaufnehmen und außerdem eine strategische Allianz mit Russland im Gassektor eingehen.

Bei der Präsidentenwahl im Oktober in Bolivien hatte der linke Kandidat Luis Arce von der „Bewegung zum Sozialismus“ gewonnen. An seiner Vereidigung am vergangenen Sonntag hatte der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif teilgenommen.



[https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/1a/328271903\\_0:151:3102:1829\\_1000x080\\_0\\_1\\_1172e56ba1f8e2db7697e07b3231df65.jpg](https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/1a/328271903_0:151:3102:1829_1000x080_0_1_1172e56ba1f8e2db7697e07b3231df65.jpg)

мздр.рус: Am 11. November wurden in der DVR 679 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 146 positiv, bei 20 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinischer Merkmale gestellt.

Am 12. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 8364 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3643 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 3975 als gesund entlassen, es gibt 746 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 112 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 1 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 65 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 2124 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 502 mit Sauerstoffunterstützung (+30 in den letzten 24 Stunden).

#### de.sputniknews.com: **Nach Protestaktionen: Zehn Oppositionelle in Armenien festgenommen**

In Armenien sind nach den Protestaktionen in Jerewan zehn Vertreter der armenischen Opposition festgenommen worden. Das geht aus Angaben des Sonderermittlungsdienstes Armeniens hervor.

Diese stehen im Verdacht, Versammlungen organisiert und durchgeführt zu haben, die gegen die gesetzlich bestimmte Ordnung verstoßen. Unter den Festgenommenen sind der ehemalige Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes, Artur Wanezjan; der Chef der Oppositionspartei „Blühendes Armenien“, Gagik Zarakjan; der Chef der Partei „Nationale Sicherheit“, Garnik Isaguljan; der Politologe Suren Surenjan; die Vertreter der Armenischen Revolutionären Föderation „Daschnakutzjun“, Gegam Manukja und Ischchan Sagateljan; die ehemaligen Vize-Parlamentssprecher Ara Sahakian und Eduard Scharmasanow sowie die Oppositionellen Artur Kasinjan und David Ambarzumjan.

Isaguljan, Surenjan, Wanezjan, Kasinjan und Sagateljan werden auch der Verletzung der Zeiteinschränkungen verdächtigt, die während des Kriegszustands eingeführt wurden. Die maximale Strafe nach diesem Artikel sieht fünf Jahre Haft vor. ...

#### **nachmittags:**

de.sputniknews.com: **Lawrow: Moskau führt Gegensanktionen im Fall Nawalny ein – Berlin und Paris betroffen**

Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow hat Moskau Sanktionen gegen eine Reihe von Vertretern Deutschlands und Frankreichs verhängt.

Wie Lawrow am Donnerstag bekanntmachte, werde Russland die betroffenen Staaten über die Strafmaßnahmen in Kürze informieren.

Die Einschränkungen sind eine Antwort auf ein Strafmaßnahmenpaket, das die Europäische Union am 15. Oktober gegen Russland in Zusammenhang mit dem Fall des russischen oppositionellen Bloggers Alexej Nawalny verhängt hatte. Die EU-Sanktionen betreffen sechs hochrangige Beamte und ein Chemie-Forschungsinstitut und sehen das Verbot für Reisen in die EU und das Einfrieren von Aktiva in der EU vor.

„Es wird natürlich Antworten auf die Sanktionen (der EU – Anm. d. Red.) geben. Da die EU-Sanktionen im Zusammenhang mit dem Fall Nawalny hochrangige Beamten der russischen Präsidialverwaltung direkt betreffen, werden unsere Vergeltungssanktionen entsprechend sein. Sie wurden bereits getroffen, und wir werden unsere deutschen und französischen Kollegen bald darüber informieren“, so der Außenminister.

Im Fall Nawalny gebe es „Gründe, die Handlungen unserer deutscher Kollegen für völlig unzulässig und mit internationalen Verpflichtungen nicht übereinstimmend zu erklären“, betonte er.

Darüber hinaus brachte Lawrow die Sorge Moskaus zum Ausdruck, Deutschland habe die Rolle eines Anführers bei der Zuspitzung der russisch-europäischen Beziehungen übernommen:

„Ich habe es Heiko Maas gesagt und ich kann es wiederholen, denn es ist wohl für niemanden ein Geheimnis, dass Deutschland die Rolle des Anführers bei der neuen Zuspitzung in den Beziehungen zu Russland übernimmt. Dies ist alarmierend, insbesondere im Hinblick auf die globale Rolle, die Deutschland in Europa spielt.“

### **Causa Nawalny**

Der russische Blogger und Kremlkritiker Alexej Nawalny war am 20. August auf einem Inlandsflug zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Berliner Charité entlassen.

Die Bundesregierung hatte am 2. September, nach Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr, mitgeteilt, sie sehe es als zweifelsfrei erwiesen an, dass Nawalny mit einem chemischen Nervenkampfstoff der „Nowitschok“-Reihe vergiftet worden sei. Die Schlussfolgerungen deutscher Sachverständiger seien von Labors in Schweden und Frankreich bestätigt worden, hieß es weiter. Moskau schickte eine Anfrage mit Bitte um mehr Informationen über die Probenergebnisse aus dem Berliner Labor, es gab aber keine Rückmeldung.

Russland hat gemäß einem Präsidialdekret von 1992 die Entwicklung auf dem Gebiet der chemischen Waffen eingestellt und 2017 den gesamten verfügbaren Bestand an solchen Substanzen zerstört, was von der OPCW bestätigt wurde.

Anfang Oktober hatte die OPCW bekanntgegeben, dass die in den biomedizinischen Proben von Nawalny gefundenen Substanzen nicht auf der Liste der verbotenen Substanzen stehen würden. Sie seien aber nach ihren Eigenschaften denen von Nowitschok ähnlich.

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 12. November 2020**

**In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite viermal den Komplex der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.**

**In Richtung Donezk haben Kämpfer der 56. Brigade von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus vier Antipanzerlenkraketen auf das Terminal des Flughafens von Donezk**



abgefeuert und eine Antipanzerlenkrakete auf **Wesjoloje**.

Außerdem haben Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Brigade der BFU in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen **technische Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung ihrer Positionen** im Gebiet von Peski unternommen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade, die das Ziel verfolgten, unsere Verteidiger zur Eröffnung des Feuers zu provozieren, von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje ein 82mm-Mörsergeschosse in Richtung **Leninskoje** abgefeuert. Beim Versuch des weiteren Beschusses von dieser Positionen detonierte ein Mörser, in der Folge wurden zwei Kämpfer der 36. Brigade in äußerst ernstem Zustand in das Militärhospital von Mariupol eingeliefert.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer der 36. Brigade das Gebiet von **Leninskoje** beschossen und 12 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert. Informationen über Verluste unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Dieser Sachverhalt wurden operativ den Vertreter der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Beschuldigungen der Einheiten der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

In den letzten 24 Stunden wurde die **Stationierung von einem Schützenpanzerwagen** der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowobachmutowka bemerkt, was eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung ist.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen im Verantwortungsbereich der 56. Panzergrenadierbrigade durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern, wurde im Gebiet von Opytnoje eine mobile Gruppe des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, die die Aufgabe hatte mit einer Station „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle der OSZE-Mission zu blockieren.

Diese Sachverhalte werden im Bericht der OSZE-Mission vom 11.11.2020 bestätigt.

Die Zunahme des Beschusses von Seiten des Gegners hängt mit dem Besuch von Journalisten der Fernsehsender „1+1“ und „ICTV“ im Verantwortungsbereich der 56. und 36. Brigade der BFU zusammen, die spezielle **Videoreportage** erstellen und veröffentlichen, **die die Volksmiliz im Vorfeld der Sitzung der Berater der Staatsoberhäupter des „Normandie-Quartetts“** im Format einer Videokonferenz **des Beschusses von Positionen der BFU beschuldigt**.

Aber unsere Einheiten antworten nicht auf die Provokationen des Gegners und halten streng das Regime der Feueinstellung ein.

Nach uns vorliegenden Informationen wurden zur Aufnahme eines inszenierten Videos auf den Positionen des 21. Bataillons der 56. Brigade der BFU Kämpfer aus der nebenan stationierten 79. Luftsturmgruppe herangezogen. Dies hängt damit zusammen, dass die Soldaten der 56. Brigade sich aufgrund der Verzögerungen bei den Soldzahlungen weigern, an den Aufnahmen teilzunehmen und ihre Kameraden aus dem 37. Bataillon die Hotline des Verteidigungsministeriums der Ukraine mit einer Beschwerden über die fehlenden Finanzen angerufen haben.

Ein **weiterer Fall nicht kampfbedingter Verluste** wurde von uns im 137. Bataillons der 35. Marineinfanteriebrigade der BFU festgestellt. Obwohl am 10. November ein Zivilist auf eine Mine geriet, unternimmt das Kommando der 35. Brigade keine Maßnahmen zur Entminung des Territoriums an den Positionen der BFU, sondern vermint im Gegenteil weiter die eigenen Positionen.

So detonierte bei der Installation einer Antipersonenmine PMN-2 im Gebiet von Trawnewoje durch den Kämpfer des 137. Bataillons der 35. Brigade Wasiljew ebenfalls eine Mine, die von Kameraden installiert worden war. Infolge der Detonation erlitt Wasiljew Splitterverletzungen und wurde in ein Krankenhaus von Krasnoarmejsk eingeliefert, wo ihm ein Bein amputiert

wurde.

In Krasnogorowka haben Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und der Staatsanwaltschaft zwei Kämpfer des 3. Bataillons der 79. Brigade, den Soldaten Beloserko und den Soldaten Kostjutschenko festgenommen, die versuchten Treibstoff an einen örtlichen Einwohner zu verkaufen. Bei der Ermittlung stellten die Ermittler der Staatsanwaltschaft fest, dass der Diebstahl und Verkauf des Treibstoffs vom Zugführer einer Abwehrraketenbatterie, Leutnant Sladjik, organisiert wurde, der so versuchte, die Fehlbestände des Zuges, die von einer Kommission des Raketenartilleriewaffendienstes der Brigade entdeckt worden waren, zu kompensieren.

### de.sputniknews.com: **Nebensja: OPCW hat sich in Instrument politischer Spiele verwandelt**

Die OPCW verliert laut dem russischen UN-Botschafter Wassili Nebensja ihre Autorität, weil sie sich von einer Organisation, die für einen edlen Zweck gegründet wurde, zu einem Instrument politischer Spiele entwickelt hat. Dies erklärte er in einem Interview mit der Agentur RIA Novosti am Donnerstag.

„Unsere Partner versuchen, dies mit Schaum vor dem Mund zu widerlegen. Von einer Organisation, die für einen edlen Zweck gegründet wurde – zum Kampf gegen Massenvernichtungswaffen, denn das sind chemische Waffen –, hat sich die OPCW in ein Instrument politischer Spiele verwandelt. Dies alles führt letztendlich dazu, dass wir in eine tiefe Krise geraten können. Die Autorität der Organisation ist verlorengegangen, die Autorität ihres technischen Sekretariats, der darin geschaffenen Untersuchungsmechanismen und des Generaldirektors der Organisation sind verlorengegangen. Dies ist für uns offensichtlich“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

#### **Fälle Skripal und Nawalny**

Hinsichtlich der Fälle Skripal und Nawalny sieht Nebensja eine bestimmte Ähnlichkeit zwischen beiden Fällen. Er unterstrich, dass die Vorfälle mit dem Einsatz chemischer Waffen in Syrien und die Vorwürfe diesbezüglich gegen die syrischen Behörden sowie die „Vergiftung“ der Skripals und von Alexej Nawalny nach ein und demselben Schema durchgeführt worden seien.

„All dies folgt dem gleichen Schema – sowohl mit der syrischen ‚Chemie‘ als auch mit den Skripals. Und jetzt versuchen sie es bei Nawalny“, sagte Nebensja.

#### **Niemand will „ernsthaft darüber sprechen“**

Er betonte, dass dies alles viele Unstimmigkeiten und sogar Fantastik enthalte, aber „niemand möchte ernsthaft darüber sprechen“.

„Das ungeheuerlichste Beispiel dafür, dass sie nicht mit uns sprechen wollen und dass dort (unter den westlichen Staaten – Anm. d. Red.) alles in ein völlig anderes Paradigma getrieben wurde (nämlich: ein Urteil wird gefällt und niemand sucht nach Beweisen), ist natürlich die syrische ‚Chemie‘ (chemisches Dossier – Anm. d. Red.)“, erinnerte Nebensja.

Er betonte, dass im Verständnis des westlichen Teils der Weltgemeinschaft „alles klar ist“: Die Syrer setzen chemische Waffen gegen ihre Bevölkerung ein, und dies wird „durch ‚maßgebliche‘ und zu diesem Zweck geschaffene Strukturen bestätigt“, beispielsweise durch die OPCW-Gruppe für Untersuchung und Identifizierung und davor durch den Joint Investigative Mechanism. „Sie produzieren Berichte“, betonte Nebensja.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32449/66/324496635\\_8:397:2287:1630\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_f6ae7da69bdfcb48a7e13964d6a023ce.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32449/66/324496635_8:397:2287:1630_1000x0_80_0_1_f6ae7da69bdfcb48a7e13964d6a023ce.jpg)

### de.sputniknews.com: USA sagen Sanktionen gegen China zu – wegen Hongkong

Der nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert O'Brien, hat China der Verletzung der internationalen Verpflichtungen zu Hongkong beschuldigt und neue Sanktionen zugesagt.

Zuvor hatten vier Hongkonger Abgeordnete ihre Ämter im Gesetzgebenden Rat verloren, nachdem ihre Handlungen als eine Bedrohung für die nationale Sicherheit qualifiziert worden waren.

„Die jüngsten Handlungen Pekings, das demokratisch engagierte Gesetzgeber aus dem Gesetzgebenden Rat von Hongkong ausgeschlossen hat, lassen keine Zweifel daran aufkommen, dass die Kommunistische Partei Chinas unverhohlen ihre internationalen Verpflichtungen aus der chinesisch-britischen gemeinsamen Deklaration und ihre Versprechen gegenüber dem Volk von Hongkong verletzt hat“, heißt es in einer schriftlichen Erklärung von O'Brien.

Trumps Sicherheitsberater ist der Meinung, das das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“, nach dem Hongkong zum Staatsbestand Chinas gehört, sich „in ein großes Feigenblatt verwandelt“ habe, „das eine Ausweitung der Ein-Parteien-Diktatur maskiert“.

Peking hat vor kurzem ein Dokument angenommen, das es ermöglicht, Mitglieder des Gesetzgebenden Rates von Hongkong, deren Handlungen als Bedrohung für die nationale Sicherheit gewertet werden, zu disqualifizieren. Dies könnte auch die Parlamentarier betreffen, die für die Unabhängigkeit der Region eintreten, es ablehnen, die Souveränität Chinas anzuerkennen, und so Einmischung von außen begünstigen.

### **Vorwürfe gegen China**

In den letzten Monaten haben sich die Beziehungen zwischen den USA und China aus mehreren Gründen zugespitzt. Es sind dies ein Handelsstreit, die Situation in Hongkong, die Situation um die Rechte der nationalen Minderheiten in China, die Corona-Pandemie und die Weigerung Pekings, an den Verhandlungen über Rüstungskontrolle teilzunehmen.

Washington hat bei den genannten Problemen ernsthafte Einwände gegen China. Die USA drohen China Sanktionen an und werfen Peking Unterdrückung der Uiguren und anderer Gruppen von Muslimen und Verletzung der Menschenrechte vor, darunter auch im Tibet. Sie behaupten, dass das Projekt zum Schutz von Hongkong auf die Beseitigung seiner hohen Autonomie abziele.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31291/11/312911116\\_0:40:1800:1012\\_1000x0\\_800\\_1\\_85f460f5298d082b7a4460e964b066f1.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31291/11/312911116_0:40:1800:1012_1000x0_800_1_85f460f5298d082b7a4460e964b066f1.jpg)

### de.sputniknews.com: „Kein Grund zur Spekulation“: Lawrow über fehlende Gratulation für Bidens Wahlerfolg

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sieht keinen Grund dafür, Spekulationen bezüglich der Tatsache zu machen, dass die russische Führung dem Sieger bei den Präsidentschaftswahlen in den USA, Joe Biden“, bisher nicht gratuliert hat.

Nicht nur Russland und China, sondern auch Mexiko hätten dem designierten US-Präsidenten Joe Biden noch keine Glückwünsche gesendet, sagte Lawrow gegenüber Journalisten am Donnerstag.

„Ich würde hier hinsichtlich der Verschwörungstheorie nicht viel nachforschen. Dies ist die normale und höfliche Praxis“, fügte er hinzu.

Wenn jemand es für möglich halte, Glückwünsche zu senden, bevor die offiziellen Ergebnisse bekannt gegeben worden seien, so sei das sein Recht, so der russische Außenminister.

„Wir wissen, dass auch 2016 (im November 2016 wählten die US-Bürger Donald Trump zum neuen Präsidenten. An dem Wahlkampf nahm damals neben ihm Hillary Clinton teil – Anm. d. Red.) viele europäische Staats- und Regierungschefs Glückwünsche an den Kandidaten schickten, der verloren hatte, die sie dann hastig zurückzogen. Hier sehe ich also nicht einmal irgendeinen Grund für Spekulationen“, so Lawrow weiter. ...

**Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**  
In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

**Seit Beginn des heutigen Tages** wurde im Verantwortungsbereich des 9. Bataillons der 59. Brigade im Gebiet von Luganskoje die **Detonation einer Sprengeinrichtung** festgestellt. Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt. ...

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen gefährdet das Kommando der sogenannten OOS weiter vorsätzlich örtliche Einwohner. Im Verantwortungsbereich der 80. Brigade in einem privaten Sektor von Stschastje wurde ein getarnter Schützenpanzerwagen bemerkt. ...

### deu.belta.by: Lawrow: **Kuratoren belarussischer Proteste sehen ihre Zwecklosigkeit, können aber nicht haltmachen**

Der Außenminister der Russischen Föderation Sergej Lawrow ist der Meinung, dass die ausländischen Kuratoren die Zwecklosigkeit der belarussischen Massenproteste erkannt haben, trotzdem können sie nicht haltmachen. Das sagte er heute in einer Online-Pressekonferenz.

„Ich glaube, dass selbst diejenigen, die die belarussischen Proteste heute so sehr patronieren, bereits selbst erkannt haben, dass daraus nichts wird, trotzdem können sie nicht haltmachen“, sagte der Minister.

Der Leiter des russischen Außenministeriums ist überzeugt, dass der Westen in vielerlei Hinsicht daran interessiert ist, dass die Lage in Belarus so lange wie möglich gespannt bleibt. „Wir hören immer wieder Beteuerungen, dass es dem Westen nicht darum geht, die Macht in Belarus zu stürzen oder einen Keil in die Beziehungen zwischen Belarus und der Russischen Föderation zu treiben, aber diese Beschwörungen werden durch das entsprechende Handeln nicht bestätigt“, sagte er. „Die belarussische Opposition wird stark finanziert und zu einer harten und kompromisslosen Haltung aufgestachelt.“

Lawrow glaubt, dass „es von außen viel getan wird, um die Atmosphäre der Konfrontation anzuheizen“.

„Wir sehen, wie die Proteste aus dem Ausland finanziert werden. Wir sehen, wie die Bastelanleitungen für Molotow-Cocktails und Sprengsätze verbreitet werden.

Unsere Position ist klar. Man muss endlich aufhören, sich in die inneren Angelegenheiten von Belarus einzumischen. Man muss alle Belarussen, einschließlich der Opposition, an der politischen Bewältigung der Krise teilhaben lassen“, erklärte der Minister.

Die belarussische Staatsführung habe mit der angekündigten Verfassungsreform ihre Dialogbereitschaft bestätigt. Die Abschwächung der Proteste sei offensichtlich. Die Menschen in Belarus hätten verstanden, dass man zu einem konstruktiven Dialog übergehen solle. Gleichzeitig stellte Lawrow fest, dass die im Ausland angesiedelte Opposition dieses Verständnis nicht zeige. „Die im Ausland agierende Opposition nimmt eine ganz andere Position ein. Sie will keinen Dialog, sie hat kein konstruktives Programm anzubieten“, betonte er.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000020\\_1605186564\\_53865\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1605186564_53865_big.jpg)

### de.sputniknews.com: „Keine vollendete Tatsache“: Kreml zu Ankaras Erklärung über Teilnahme an Bergkarabach-Mission

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow hat am Donnerstag Ankaras jüngste Erklärung zur türkischen Teilnahme an der Friedensmission in Bergkarabach zurückgewiesen. Ihm zufolge hat es keine derartigen Vereinbarungen gegeben.

„Nein, hier gibt es keine vollendete Tatsache. Hier kann man annehmen, dass es einige Unterschiede in der Auffassung gibt. Wir gehen weiterhin davon aus, dass es sich bei den Friedenssoldaten um das russische Militär handelt, das in der Berührungszone der Parteien stationiert ist, und dass die Interaktion mit dem türkischen Militär im Rahmen des Überwachungszentrums auf dem Territorium Aserbaidschans stattfinden wird“, sagte Peskow. Damit beantwortete er eine Frage zu den Erklärungen der Türkei über die Präsenz ihrer



Friedenstruppen in Bergkarabach.

Er betonte, dass „dieses Thema nicht diskutiert wurde“.

„Tatsache ist, dass dies, wie wir wiederholt gesagt haben, nicht einzig zwischen Moskau und Ankara diskutiert werden kann, dem müssen (...) Armenien und Aserbaidschan zustimmen. Dieses Thema wurde nicht diskutiert, es gab keine solchen Vereinbarungen, die Arbeit geht weiter“, fügte der Kremlsprecher hinzu.

Am Donnerstag verkündete der türkische Verteidigungsminister, Hulusi Akar, dass die Türkei an der Friedensmission in Bergkarabach teilnehmen werde.

„Die Türkei wird sich an der Überwachung und Einhaltung des Abkommens über Bergkarabach beteiligen. Das türkische Militär wird im Rahmen einer gemeinsamen Friedensmission tätig sein“, zitiert die Agentur Anadolu Hulusi Akar.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte am Mittwoch bekanntgegeben, dass Ankara und Moskau ein Memorandum über ein gemeinsames Kontrollzentrum zur Überwachung der Waffenruhe in der Südkaukasusregion Bergkarabach unterschrieben hätten und beide Seiten an einer gemeinsamen Friedensmission teilnehmen würden.

Zuvor gab Dmitri Peskow an, Moskau und Ankara würden über das Kontrollzentrum auf dem Territorium Aserbaidschans bezüglich Bergkarabach arbeiten. „Es war nicht von gemeinsamen Friedenstruppen die Rede“, so der Kremlsprecher. ..



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328189494\\_0:184:3068:1843\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_6a84406617065027a2b61ecdc1cc0410.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328189494_0:184:3068:1843_1000x0_80_0_1_6a84406617065027a2b61ecdc1cc0410.jpg)

de.sputniknews.com: **Polizei nimmt Teilnehmer oppositioneller Demo in Eriwan fest**

In der armenischen Hauptstadt Eriwan ist am Donnerstag erneut gegen die Handlungen des Ministerpräsidenten des Landes, Nikol Paschinjan, in Bezug auf Bergkarabach demonstriert worden. Nach Angaben eines Sputnik-Korrespondenten kam es dabei zu Festnahmen. Mehrere Hunderte Menschen versammelten sich demnach vor dem Operngebäude im Zentrum der Stadt und forderten Paschinjans Rücktritt. Schwer ausgerüstete Polizeieinheiten versuchten, die Demo auseinanderzutreiben. Einige Teilnehmer der Kundgebung wurden festgenommen.

Schwer ausgerüstete Polizeibeamte haben nach Angaben des Korrespondenten den Platz vor der Oper verlassen. Einige Stunden später kamen aber Tausende Protestler wieder auf den Platz.

Am Mittwoch hatte bereits eine Massendemonstration gegen Paschinjans Politik stattgefunden. Zehn führende Vertreter der armenischen Opposition wurden festgenommen, darunter der ehemalige Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes, Artur Wanezjan; der Chef der Oppositionspartei „Blühendes Armenien“, Gagik Zarukjan, sowie die ehemaligen Vize-Parlamentssprecher Ara Sahakian und Eduard Scharmasanow. ...



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0c/328389064\\_0:386:3072:2048\\_1000x080\\_0\\_1\\_5b5b24796067c64de537a73a0440499f.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0c/328389064_0:386:3072:2048_1000x080_0_1_5b5b24796067c64de537a73a0440499f.jpg)

**wpered.su: In Donezk wurde ein Sieger des internationalen Wettbewerbs „Was ich über die sowjetische Epoche weiß“ ausgezeichnet**

In Donezk wurde ein Sieger des 4. Internationalen Kinderliteraturwettbewerbs „Was ich über die sowjetische Epoche weiß“, bei dem die Aufgabe war, ein Essay über J.W. Stalin zu schreiben, ausgezeichnet. Dies ist der Schüler der Donezker Schule Nr. 105 Damin Safin, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

An dem Wettbewerb nahmen Teilnehmer aus der DVR, Russland, Kasachstan und Italien teil. Die Ergebnisse wurden auf Grundlage von Lesermeinungen und Entscheidungen der Jury-Mitglieder ermittelt.

Vertreter der KP der DVR und der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass überreichten dem Sieger Geschenke und eine Gedenkmedaille des ZK der KPRF „Aus Anlass des 140. Geburtstags JW. Stalins“.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/11/Konkurs-3-768x432.jpg>

**de.sputniknews.com: MH17-Prozess: Russischer Rüstungskonzern widerlegt Behauptungen niederländischer Staatsanwaltschaft**

Der russische Rüstungsbetrieb „Almas-Antej“ hat gegenüber der Agentur RIA Novosti die jüngsten Behauptungen der niederländischen Staatsanwaltschaft kommentiert.

Bei den Sitzungen am Donnerstag erklärte die Staatsanwältin Manon Ridderbeks, dass der Untersuchungsrichter Experten des Konzerns für eine weitere Ermittlung zum 2014 erfolgten

Abschuss der MH17-Passagiermaschine über der Ostukraine nicht ernannt habe, denn die russische Seite habe auf die entsprechende Anfrage nicht geantwortet.

„Almas-Antej‘ widerlegt die Erklärung der niederländischen Staatsanwaltschaft, wonach der Konzern im Rahmen der Ermittlungen des MH17-Absturzes im Juli 2014 keine Antwort übermittelt haben soll“, zitiert die Agentur den Betrieb.

Eine E-Mail mit Informationen über die Ernennung von Experten des Konzerns für die Ermittlung sei am 4. September an den Untersuchungsrichter in den Niederlanden geschickt worden. Es sei eine Antwort auf ein Ersuchen über die Gewährung der rechtlichen Hilfe gewesen.

Am 21. September habe der Betrieb dann vom Untersuchungsrichter eine Bestätigung bekommen, dass die E-Mail eingegangen sei und dass Kontakte aufgenommen worden seien. „Almas-Antej“ betonte, der Konzern verfüge über die beiden E-Mails.

### **Abschuss der malaysischen Boeing**

Die Passagiermaschine der Malaysia Airlines mit der Flugnummer MH17 war am 17. Juli 2014 über der umkämpften Ostukraine abgeschossen worden. Alle 298 Menschen an Bord fanden dabei den Tod. Die meisten Opfer waren Niederländer.

Kiew warf der Volkswehr von Donezk den Abschuss der Boeing vor. Donezk wies alle Anschuldigungen zurück und erklärte, dass die Volkswehr nicht über Raketen verfüge, die so hoch hätten fliegen können.

Russland wurde zu den Ermittlungen nicht zugelassen. Die gemischte Ermittlungsgruppe (JIT) unter der Leitung der Generalstaatsanwaltschaft der Niederlande behauptet, dass die Boeing mit einer Rakete vom Typ „Buk“ abgeschossen worden sei, die der im Raum von Kursk stationierten 53. russischen Luftabwehrbrigade gehört habe.

### **Russland weist Anschuldigungen zurück**

Das Außenministerium in Moskau wies mehrmals darauf hin, dass die gegen Russland erhobenen Anschuldigungen weder Hand noch Fuß hätten und bedauernswert seien.

„Die Ermittlungen sind voreingenommen und einseitig“, hieß es in Moskau.

Präsident Wladimir Putin zufolge könne Russland die Resultate der Ermittlungen nicht akzeptieren, solange russische Experten ausgeschlossen seien.

Nachdem die niederländische Kommission das Triebwerk der abgefeuerten Rakete präsentiert hatte, erklärte das Verteidigungsministerium in Moskau, dass derartige Raketen bereits nach 2011 verschrottet worden seien. Bekannt sei aber, dass die Ukraine noch über veraltete Buk-Raketen aus sowjetischer Produktion verfüge.

### **Stopp trilateraler Gespräche zu MH17**

Im Oktober dieses Jahres erklärte Russland, dass es die trilateralen Gespräche mit den Niederlanden und Australien zum Abschuss der MH17-Passagiermaschine über der Ostukraine vor mehr als sechs Jahren nicht fortsetzen wolle. Diese Entscheidung begründete Moskau mit der fehlenden Bereitschaft Den Haags zum Dialog.

Die Niederlande würden ausschließlich eigene politische Interessen verfolgen und Russland zu einem Schuldbekentnis drängen, teilte das russische Außenministerium mit. Den Haag ignoriere alle Argumente aus Moskau und auch die Bereitschaft zum Dialog.

Nach dem Stopp der trilateralen Gespräche wurde der russische Botschafter in Den Haag, Alexander Schulgin, ins Außenministerium der Niederlande einbestellt.

**abends:**

de.sputniknews.com: **Russischer Corona Impfstoff „Sputnik V“: WHO plant Aufnahme in Notfall-Liste**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) will den russischen Impfstoff gegen das

Coronavirus „Sputnik V“ in die Liste der Vakzine aufnehmen, die für die Verwendung in Notfallsituationen empfohlen werden, wenn das Serum die erforderlichen Kriterien erfüllen wird. Dies hat der Pressedienst der WHO der Agentur RIA Novosti am Donnerstag mitgeteilt. „Die WHO hat das Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie kontaktiert, das Interesse an einem Antrag für die Aufnahme von 'Sputnik V' in die Liste der von der WHO für Notfälle empfohlenen Impfstoffe bekundet hat, und wir freuen uns auf Daten zum Kandidaten 'Sputnik V'. Wenn festgestellt wird, dass ein zur Bewertung eingereichtes Produkt die Kriterien für die Auflistung erfüllt, wird die WHO die Ergebnisse öffentlich publik machen“, hieß es.

Wie die Organisation betonte, sei der Prozess der Übermittlung von Daten über Arzneimittel zur Präqualifizierung oder Auflistung für die Notfallsituationen vertraulich. Die Zeitspanne für die Auswertung der vom Impfstoffhersteller erhaltenen Angaben würde von deren Qualität, aber auch davon abhängen, wie gut diese die WHO-Kriterien erfüllen würden. Die WHO habe noch keinen Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus für die Verwendung im Notfall präqualifiziert, hieß es weiter. Die Präqualifikation durch die Organisation würde sicherstellen, dass die Vakzine, die im Rahmen der Impfprogramme verwendet werden, sicher, effektiv und wirksam seien und die von der WHO empfohlenen Standards für gute Herstellungspraxis und gute klinische Praxis erfüllen würden.

#### **Wirksamkeit von „Sputnik V“ auf 92 Prozent beziffert**

Zuvor hatten das Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau und der russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) Angaben zur Effektivität des Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ veröffentlicht. Demnach handelt es sich um Zwischenergebnisse. Insgesamt nehmen an der Recherche 40.000 Freiwillige teil. Das Präparat soll in zwei Etappen mit einem Intervall von drei Wochen verabreicht werden. Die Analyse sei 21 Tage nach der Verabreichung der ersten Dose des Impfstoffs oder des Placebos durchgeführt worden. Es gebe 20 Fälle der Erkrankung an Covid-19.

„Auf der Grundlage der Verteilung der 20 bestätigten Fälle (registriert sowohl in der Kontrollgruppe als auch in der geimpften Gruppe) wurde festgestellt, dass die Wirksamkeit von ‚Sputnik V‘ bei 92 Prozent liegt“, hieß es.

#### **„Sputnik V“**

Im August hatte das russische Gesundheitsministerium den weltweit ersten Impfstoff zur Vorbeugung der Covid-19-Erkrankung registriert, der vom Gamaleja-Institut gemeinsam mit dem RDIF entwickelt worden war.

Das Präparat unter dem Namen „Sputnik V“ ist eine Lösung für die intramuskuläre Infusion. Die gebildete Immunität soll laut dem russischen Gesundheitsministerium bis zu zwei Jahre anhalten.

„Sputnik V“ ist einer von zehn entwickelten Impfstoffen der Welt auf der WHO-Liste, die kurz vor dem Ende der dritten Phase der klinischen Tests und vor dem Start der Massenproduktion stehen. Russland hat ein Gesuch für die beschleunigte Registrierung an die WHO gerichtet.

Derzeit erfolgen klinische Tests von „Sputnik V“ neben Russland auch in Weißrussland, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Indien und Brasilien. Mehr als 50 Länder beantragten nach Informationen des Fonds den Ankauf von insgesamt über 1,2 Milliarden Dosen des Impfstoffs. Das Serum soll auch in Indien, Brasilien, China und anderen Ländern hergestellt werden.

#### **dan-news.info: Erklärung der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa über ein gefälschtes Dokument über die Verteilung der Mittel des IKRK**

Statt die Blockade der Arbeit im Minsker Bereich zu beenden, befasst sich Kiew weiter nicht einfach mit Selbst-PR, sondern auch noch mit hinterhältigen Provokationen. Im Netz erschien ein Fake-Erlass des Oberhauptes der DVR, dass die Regierung der Republik angeblich

entschieden habe, die finanziellen Mittel, die vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz eingegangen sind, an staatliche und militärische Beamte zu verteilen.

Die ukrainischen Funktionäre, die ohnehin durch mediale Skrupellosigkeit und informationelle Machenschaften aufgefallen sind, überschreiten alle zulässigen Grenzen: Es ist schon soweit gekommen, dass das Image und die Reputation einer der größten und in der ganzen Welt angesehenen humanitären Organisation besudelt wird. Offensichtlich ist Kiew dadurch angewidert, dass das IKRK, das tatsächlich eine neutrale humanitäre Organisation ist, den Einwohnern des Donbass auf beiden Seiten der Kontaktlinie gleichermaßen hilft, ohne irgendwelche Präferenzen und Diskriminierungen.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, die Aufmerksamkeit auf das empörende Benehmen Kiews zu richten, das bereit ist zu frechen Provokationen, schon nicht mehr nur in Bezug auf die Republiken, sondern auch in Bezug auf das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, herabzusinken. Dieser Vorfall ist eine weitere Bestätigung dessen, dass das internationale Recht für Kiew ein leeres Wort ist, dass die heutige Ukraine weder gegenüber dem UN-Sicherheitsrat noch gegenüber dem IKRK auch nur die geringste Achtung hat und dass von irgendwelchen zuverlässigen Absichten der ukrainischen Seite, den Konflikt im Donbass friedlich zu regeln nicht die Rede ist.